

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

17. WP - 47. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. März 2012, 13 Uhr  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttisch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

i. V. v. Carsten-Peter Brodersen

Günther Hildebrand (FDP)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

Antje Jansen (DIE LINKE)

i. V. v. Ranka Prante

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zu der Absicht Dänemarks, ausgeführte Erdgas- und Erdöllagerstätten für CO<sub>2</sub>-Speicherzwecke anzubieten</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Carsten-Peter Brodersen (FDP) <a href="#">Umdruck 17/3809</a>	
<b>2. a) Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung wirksam senken</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der SPD <a href="#">Drucksache 17/2065</a>	
<b>Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung</b>	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE <a href="#">Drucksache 17/2204</a>	
<b>b) Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung wirksam kontrollieren und drastisch reduzieren!</b>	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <a href="#">Drucksache 17/2163</a>	
<b>3. ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <a href="#">Drucksache 17/2167</a>	
<b>4. Chancen der EU-Fischereireform 2013 für Schleswig-Holstein nutzen</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <a href="#">Drucksache 17/2162</a>	
<b>5. Errichtung eines Bundesträgers der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP <a href="#">Drucksache 17/1784</a>	

- 6. Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation** 14  
**Bericht der Enquetekommission**  
[Drucksache 17/2230](#)
- 7. a) Verbraucherinformationsgesetz umgehend verbraucherfreundlich reformieren** 15  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/883](#)
- b) Einführung einer Qualitätskennzeichnung von Lebensmittel- und Gastronomiebetrieben in Schleswig-Holstein**  
Antrag der Fraktion des SSW  
[Drucksache 17/901](#)
- 8. Verschiedenes** 16

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zu der Absicht Dänemarks, ausgeförderte Erdgas- und Erdöllagerstätten für CO<sub>2</sub>-Speicherzwecke anzubieten**

Antrag des Abg. Carsten-Peter Brodersen (FDP)

[Umdruck 17/3809](#)

St Dr. Zieschang berichtet, Wirtschaftsminister de Jager habe sowohl den Umwelt- und Agrarausschuss als auch den Wirtschaftsausschuss darüber unterrichtet, dass die dänische Energiebehörde beabsichtige, im Bereich der Nordsee neue Erdöl- und Erdgaskonzessionen zu vergeben und überlege, fast ausgeförderte Lagerstätten als CO<sub>2</sub>-Speicherstätten anzubieten. Das infrage kommende Gebiet liege etwa 200 km nordwestlich von Sylt.

Dänemark habe die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer strategischen Umweltprüfung um Anregungen, Bedenken und Hinweise gebeten. Die Bundesregierung habe Schleswig-Holstein von der Absicht der dänischen Energiebehörde informiert. Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe reagiert und die dänische Energiebehörde in einem ersten Schreiben darauf hingewiesen, dass es im Landtag mehrere einstimmige Beschlüsse gegen die CO<sub>2</sub>-Speicherung in der Nordsee gegeben habe. Weiter sei die dänische Energiebehörde darauf hingewiesen worden, dass es im Kreis Nordfriesland eine sehr aktive Bürgerinitiative gebe.

Notwendig sei es, grenzüberschreitende Umweltauswirkungen in den Blick zu nehmen. Daher sei die Landesregierung zu dem Schluss gelangt, dass eine Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung auch in Schleswig-Holstein zu dem dänischen Vorhaben durchgeführt werden solle. Die dänische Seite sei aufgefordert worden, dafür die Unterlagen - möglichst in deutscher Übersetzung - zur Verfügung zu stellen. Auch wenn es auf dieses Schreiben bisher noch keine Reaktion gebe, gehe sie davon aus, dass die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sichergestellt werden könne.

Abg. Meyer legt dar, er habe sich mit dem Energieministerium in Kopenhagen in Verbindung gesetzt. Nach deren Aussage gehe es nicht um die Speicherung von CO<sub>2</sub>. Es gebe allerdings

die Überlegung, CO<sub>2</sub> zum Herauspressen von Öl und Gas zu nutzen. Nach einer Stellungnahme des Folketing werde es keine Lagerung von CO<sub>2</sub> in Dänemark geben. Die Bundesrepublik sei im Rahmen der Anhörung angeschrieben worden und darauf aufmerksam gemacht worden, dass eine strategische Umweltprüfung durchgeführt werde.

St Dr. Zieschang legt dar, dass nach ihren Erkenntnissen beide Möglichkeiten, sowohl eine Speicherung von CO<sub>2</sub> als auch die Verwendung von CO<sub>2</sub> zum Herauspressen von Öl und Gas, überlegt werde. Aus diesem Grund habe die Landesregierung Schleswig-Holstein vorsorglich die bestehenden Bedenken benannt.

Abg. Redmann begrüßt die Reaktion der Landesregierung. Sodann erkundigt sie sich danach, auf welchem Weg die Landesregierung Schleswig-Holstein eingebunden worden sei.

Abg. Hildebrand fragt nach, ob möglicherweise Frecking angewandt werden solle.

St Dr. Zieschang wiederholt, das übliche Verfahren zwischen Mitgliedstaaten der EU sei, dass die Mitgliedstaaten als Ansprechpartner informiert würden. Demnach sei die Bundesregierung informiert worden, die wiederum die schleswig-holsteinische Landesregierung informiert habe.

Nach den ihr vorliegenden Informationen werde im Zusammenhang mit der Frage der neuen Erdöl- und Erdgaskonzessionen auch überprüft, ob ausgeförderte Erdgas- und Erdöllagerstätten für CO<sub>2</sub>-Zwecke angeboten werden könnten.

Abg. Fritzen erkundigt sich nach der Verbindlichkeit einer Öffentlichkeitsbeteiligung. St Dr. Zieschang verweist auf die diesbezügliche EU-Richtlinie. Darin sei festgelegt, wie grenzübergreifende Konsultationen stattzufinden hätten. Bei grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen seien grenzüberschreitende Konsultationen vorgesehen. Die Bundesrepublik Deutschland sei beteiligt worden. Wenn eine Konsultation erfolgen solle, müssten die Unterlagen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Auf Fragen der Abg. Fritzen und Dr. von Abercron bezüglich der Lage der Fördergebiete verweist Frau Fehlau (Referat Energiepolitik, Energierecht im MWV) auf die dem Ausschuss zur Verfügung gestellte Übersichtskarte. Welches Verfahren zurzeit angewandt werde, könne sie nicht sagen.

Abg. Dr. von Abercron legt dar, dass bei bestimmten Verfahren zur Gewinnung von Erdöl CO<sub>2</sub> in den Kavernen verbleibe. Er fragt danach, ob derartige Verfahren in den Fördergebiete-

ten Dänemarks angewandt würden und ob Dänemark bereits ein CCS-Gesetz erlassen habe. St Dr. Zieschang vermag diese Fragen zurzeit nicht zu beantworten. Die Landesregierung habe keinen dezidierten Sachstand über die derzeitige Förderung.

Zu dem Thema Begleitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung durch die schleswig-holsteinische Landesregierung legt sie dar, dass diese erfolgen werde. Die notwendigen Unterlagen seien angefordert. Danach werde man sich auf ein Verfahren zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger verständigen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. von Abercron stellt St Dr. Zieschang kurz den Zeitplan auf dänischer Seite dar. Demnach solle die endgültige Planung im Juni feststehen.

Auf eine diesbezügliche Nachfrage erwidert St Dr. Zieschang, die schleswig-holsteinische Landesregierung habe angemeldet, das Vorhaben grenzüberschreitend zu begleiten, und deutlich gemacht, dass Konsultationen im Sinne der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen seien. Daraufhin erfolge eine Verständigung, wie diese durchgeführt werde und mit welchem Zeitplan dies geschehe.

Auf eine weitere Frage der Abg. Fritzen verdeutlicht St Dr. Zieschang, der Konsultationsprozess solle eingeleitet werden, um die Position Schleswig-Holsteins deutlich zu machen. Die dänische Regierung könne sicherlich nicht dazu verpflichtet werden, mit der Bürgerinitiative in Nordfriesland zu sprechen. Ihr Eindruck sei allerdings der, dass man sich in Dänemark einer offenen Bürgerbeteiligung sicherlich nicht verschließen werde.

Der Ausschuss kommt überein, den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Entschließungsantrag zu diesem Thema in den Landtag einzubringen.

Außerdem verständigt sich der Ausschuss darauf, das Thema in seiner nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung wirksam senken**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2065](#)

**Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/2204](#)

**b) Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung wirksam kontrollieren und drastisch reduzieren!**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2163](#)

(überwiesen am 25. Januar 2012)

hierzu: [Umdruck 17/3647](#)

Der Ausschuss kommt überein, die Anträge gemeinsam mit dem Bericht der Landesregierung über Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Schleswig-Holstein zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2167](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3575, 17/3710, 17/3711, 17/3724, 17/3752](#)

Abg. Voss sieht angesichts der vorliegenden Information keinen Anlass, den Antrag zu ändern, und hält ihn aufrecht.

Abg. Redmann erläutert kurz die vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion, [Umdrucke 17/3710](#) und 17/3711.

Abg. Rickers bezieht sich auf diese Änderungsanträge und erklärt, dass er dem Antrag [Umdruck 17/3711](#) grundsätzlich zustimmen könne. Dem Antrag, den Förderstopp in der Beibehaltungsprämie für den ökologischen Landbau umgehend aufzuheben, lehne seine Fraktion jedoch ab. Dies begründet er im Folgenden damit, dass er sich grundsätzlich gegen eine institutionelle Förderung in diesem Bereich ausspreche. Außerdem weist er auf die unterschiedlichen Prämien und Zahlungen sowie Umschichtung in diesem Bereich hin. Weiter vertritt er die Auffassung, dass eine Anschubfinanzierung irgendwann beendet werden müsse.

M Dr. Rumpf geht auf den Antrag [Umdruck 17/3711](#) ein und legt dar, die darin genannten Themen seien solche, die für die kommende Förderperiode diskutiert würden. Es mache Sinn, da derzeit die vorbereitenden Arbeiten liefen, einen entsprechenden Bericht beispielsweise im Januar 2012 zu erstatten.

Abg. Redmann geht auf die Argumentation des Abg. Rickers ein und regt an, möglicherweise neue Wege für eine Beibehaltungsprämie zu suchen. Sie verweist auf den Nachteil schleswig-holsteinischer ökologisch wirtschaftender Betriebe gegenüber den Betrieben im übrigen Bundesgebiet und darauf, dass der Bedarf in Schleswig-Holstein an biologisch angebauten Produkten nicht aus heimischer Produktion befriedigt werden könne. Dies sei kein Bekenntnis des Landes Schleswig-Holstein zum Thema „Bio“.

Abg. Voss argumentiert mehrmals dahin, die dem Ausschuss zur Verfügung gestellte Abflussliste mache deutlich, dass Mittel der EU nicht in Anspruch genommen würden und somit verfielen. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, so schnell wie möglich Umschichtungen vorzunehmen und diese auch bei der EU zu deklarieren. Außerdem äußert er die Sorge, dass Mittel, die die Landesregierung bei anderen Ländern „parke“, möglicherweise nicht zurückgegeben würden und nicht genutzt werden könnten.

M Dr. Rumpf, Mitarbeiter des MLUR und Mitglieder der Regierungskoalition verdeutlichen, dass die Kommission die Jahrestanchen betrachte und diese dem Mittelabfluss gegenüberstellen. Es erfolge keine maßnahmegenaue Abrechnung. Erst wenn die Kommission sehe, dass weniger Mittel abgeflossen seien, stelle sie die Drohung eines Mittelverfalls fest und leite ein entsprechendes Verfahren ein. Gerade um Mittel nicht verfallen zu lassen, erfolge die Umschichtung der Mittel. Im Übrigen erfolge die „Verlagerung“ von Mitteln auf andere Bundesländer unter der Regie des Bundes. Es bestehe nicht die Befürchtung, dass Schleswig-Holstein diese Mittel nicht zurückerhalte. Die Verteilung von Mitteln im kommunalen Bereich erfolge nach dem gleichen Prinzip wie die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer. Es gebe ein bestimmtes Budget, das verteilt werden könne, und die entsprechenden Kofinanzierungsmittel würden von den Kommunen verlangt. Dafür gebe es ein Kontrollorgan, nämlich den Begleitausschuss. Dort würden die Planungen und Umschichtungen von Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Kommunen mitdiskutiert.

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

1. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, den Antrag [Drucksache 17/2167](#) abzulehnen.
2. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er dem Landtag, den aus [Umdruck 17/3575](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.
3. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW wird der Antrag [Umdruck 17/3710](#) abgelehnt.

4. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den aus [Umdruck 17/3711](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen mit der Maßgabe, dass das Wort „Septembersitzung“ durch die Wörter „Januar-Tagung 2013“ ersetzt wird.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Chancen der EU-Fischereireform 2013 für Schleswig-Holstein nutzen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2162](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3844](#)

Die Koalitionsfraktionen bringen den aus [Umdruck 17/3844](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Abg. Buder meldet Bedenken hinsichtlich der Nummer 13 an und verweist auf historische Zugangsrechte zum Beispiel der dänischen Fischerei. Die Regierungskoalitionen streichen daraufhin die Nummer 13.

Abg. Voß meldet Bedenken hinsichtlich der Änderung in Nummer 3 an. M Dr. Rumpf weist darauf hin, dass diese Nummer den Beschluss aufgreife, der auf der Konferenz der Fischereiminister der norddeutschen Küstenländer gefasst worden sei. Es gelte ein Verschlechterungsverbot für Natura-2000-Gebiete. Dies sei den Fischern auch von früheren Ministern so zugesagt worden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag sodann mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW, [Drucksache 17/2162](#) abzulehnen, und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, den aus [Umdruck 17/3844](#) ersichtlichen Änderungsantrag mit der Maßgabe, Nummer 13 zu streichen, zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Errichtung eines Bundesträgers der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1784](#)

(überwiesen am 16. September 2011)

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation  
Bericht der Enquetekommission**

[Drucksache 17/2230](#)

(überwiesen am 22. Februar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Abg. Voß spricht die Absichtserklärung an, dass Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die Mittel der zweiten Säule gemeinsam verwalten wollten, und fragt nach möglichen Verhandlungen mit Hamburg bezüglich einer Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein.

M Dr. Rumpf legt dar, es gebe viele Gespräche mit Hamburg, sie könne nur ihrem Erstaunen darüber Ausdruck geben, als sie aus der Presse erfahren habe, dass Hamburg in diesem Zusammenhang mit Mecklenburg-Vorpommern zusammenarbeiten wolle. Eine Begründung dafür sei ihr nicht bekannt. Grundsätzlich habe Schleswig-Holstein signalisiert, dass es an einer stärkeren Zusammenarbeit mit Hamburg interessiert sei. Nach dem Regierungswechsel in Hamburg habe es eine kurze Pause in den Verhandlungen gegeben. In mehreren anderen Bereichen gebe es konkrete Vereinbarungen. Es gebe eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Mittel aus der ersten Säule. Für sie sei selbstverständlich, dass alle Bereiche der Verwaltungsarbeit für eine Zusammenarbeit offenstünden.

Abg. Hay legt dar, er habe in Gesprächen mit Hamburg die Erfahrung gemacht, dass sich Hamburg zwar offen zeige für eine gemeinsame Verwaltung, allerdings dabei die eigenen Interessen sehr in den Vordergrund rücke. Dr. Rumpf bestätigt dies. Sie bestätigt ferner, dass es schwierig sei, zu einem angemessenen finanziellen Ausgleich zu kommen. Ferner gebe es einen Unterschied zwischen politischen Verhandlungen und Verhandlungen auf Fachebene.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Enquetekommission zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Verbraucherinformationsgesetz umgehend verbraucherfreundlich reformieren**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/883](#)

**b) Einführung einer Qualitätskennzeichnung von Lebensmittel- und Gastronomiebetrieben in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/901](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011)

hierzu: [Umdruck 17/3853](#)

M Dr. Rumpf gibt einen Überblick über den neuesten Stand auf Bundesebene und sagt zu, dem Ausschuss ihren Sprechzettel zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 17/3853](#)).

Im Einvernehmen mit den jeweiligen Antragsstellern empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, die Anträge [Drucksachen 17/883](#) und 17/901 für erledigt zu erklären.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Aktueller Stand zum Schmallenberg-Virus**

M Dr. Rumpf berichtet, inzwischen gebe es 119 Betriebe mit positivem Befund, davon 101 mit Schafhaltung, 17 mit Rinderhaltung und einen mit Ziegenhaltung. Insgesamt gebe es negative Nachweise für 118 Betriebe.

#### **b) Küstenschutzberausung**

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Buder, berichtet von einer Küstenschutzberausung und regt bei künftigen Veranstaltungen eine bessere Vertretung durch Abgeordnete an.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin